

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit und Soziales

62. Sitzung
8. Januar 2026

Beginn: 09.06 Uhr
Schluss: 12.10 Uhr
Vorsitz: Lars Düsterhöft (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Catrin Wahlen (GRÜNE) stellt die vorab schriftlich eingereichte Frage:

„Wie ist der Stand der rechnerischen Umstellung der Leistungen der Eingliederungshilfe zum Jahreswechsel – konnten alle Verträge in allen Bezirken fristgerecht umgestellt werden?“

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) berichtet, die Umstellung sei bis zum 31. Dezember 2025 weitgehend abgeschlossen worden. Man gehe davon aus, bis zum 30. Januar 2026 alle von der Anlage IV des öffentlich-rechtlichen Vertrages in der Eingliederungshilfe umfassten Fälle umstellen zu können. Der Stand der Umstellung zum 7. Januar

2026 stelle sich wie folgt dar: Die Umstellungsquote liege insgesamt bei 91,28 Prozent. Dies entspreche fast 20 000 umzustellenden Fällen. Die Spanne innerhalb der Bezirke liege zwischen 80 und 97 Prozent. Aktuell seien noch 1 679 Fälle umzustellen. Man gehe davon aus, dass durch den komplizierten Umstellungsprozess einige Einzelfälle nicht identifiziert worden und diese im Laufe des Monats durch direkten Kontakt mit den Leistungserbringenden umzuschlüsseln seien, was mögliche Abweichungen in den Zahlen erkläre. Um durchgehende Zahlungen zu sichern, habe man die nicht umgestellten Fälle im Januar noch aus den alten Buchungsstellen bezahlt und so die durchgehende Liquidität der Leistungserbringenden in der Eingliederungshilfe gesichert.

Catrin Wahlen (GRÜNE) möchte wissen, ob die Meldung zutreffe, dass vereinzelte Träger lediglich 50 Prozent des Betrages überweisen bekommen hätten.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) bittet darum, dass sich die konkrete Stelle an SenASGIVA wende.

Katina Schubert (LINKE) stellt die vorab schriftlich eingereichte Frage:

„Wie begründet die Senatsverwaltung die ersatzlose Streichung des Punktes 10 zur Mitgliedschaft in einer Mieterorganisation in der fortgeschriebenen AV-Wohnen?“

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) führt aus, in der Vergangenheit sei es möglich gewesen, die Kosten der Mitgliedsbeiträge der Leistungsempfängenden über die Kosten der Unterkunft abzurechnen. Ende Oktober 2025 habe man ein Schreiben des BAMS bekommen, aus dem hervorgegangen sei, dass dies aus rechtlichen Gründen nicht länger möglich sei. Dies bedauere sie. Sie habe sich umgehend an das BMAS gewandt. Im Januar 2026 sei ein gemeinsamer Termin angesetzt, um das Thema zu besprechen. Eine abschließende Klärung der Frage sei noch nicht erfolgt. Es liege ihr und auch dem BMAS viel daran, Menschen im Leistungsbezug so zu schützen und beraten, dass sie ihre Wohnungen behalten könnten. Betonen wolle sie, dass die bezirklichen Beratungsangebote weiter verfügbar seien. Jeder Bezirk biete eine Mieterberatung an, die man senatsseitig fördere. Darüber hinaus gebe es die Mietpreisprüfstelle, die im Rahmen der Haushaltsverhandlungen gestärkt worden sei.

Katina Schubert (LINKE) möchte wissen, ob SenASGIVA Kenntnis darüber habe, in wie vielen Fällen die Vertretung von Leistungsbeziehenden durch den Mieterverein zum Erfolg geführt und welche Kosten der Bund dadurch gespart habe.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erklärt, die Erhebung der entsprechenden Zahlen erfolge durch die Sozialämter. Eine genaue Zahl könne sie aktuell nicht nennen. Sie werde im Gespräch mit dem BMAS betonen, dass sie die Übernahme der Kosten der Mitgliedsbeiträge für sinnvoll halte.

Jeannette Auricht (AfD) möchte wissen, welche Erkenntnisse der Senat zur aktuellen Belegung und Auslastung der Notschlafplätze der Berliner Kältehilfe habe. Habe man bezirksübergreifende Abweisungen vermeiden können?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) sagt, sie habe Ende Dezember 2025 gemeinsam mit dem Ausschussvorsitzenden Düsterhöft eine Tour des Kältehilfebusses begleitet. Es sei in

der Zeit des Jahreswechsels zu Brandanschlägen auf diese Busse gekommen. Es habe daher die Situation gedroht, dass die Kältebusshilfe nicht aufrechterhalten werden könne. Sie bedanke sich bei allen solidarischen Menschen, die gespendet hätten. In Abstimmung mit der Berliner Stadtmission habe man entsprechend unterstützt. Der Haushaltsgesetzgeber habe Verstärkungsmittel zur Verfügung gestellt, die man in die Kältehilfe einbringen werde. Mit der Berliner Kältehilfekordinierung sei man in täglicher Abstimmung. Man sei auch in der Lage, die Kapazitäten kurzfristig zu erweitern. In der kommenden Woche würden 50 weitere Plätze in der Porschestraße zur Verfügung gestellt. An einem Aufenthaltsangebot am Kottbusser Tor würden zudem 30 Plätze bereitgestellt. Man handle nach der Prämisse, dass jeder Mensch, der ein Bett brauche und wolle, auch eines bekomme. Am 7. Januar habe die Kältehilfekordinierung einen Auslastungsgrad von 88,5 Prozent übermittelt. Aktuell verfüge man über ein Angebot von 1 126 Plätzen. Weitere Plätze kämen, wie erwähnt, in der kommenden Woche hinzu. Darüber hinaus sei sie mit dem Sozialstadtrat von Steglitz-Zehlendorf im Austausch, um möglicherweise Notunterkünfte, die dort aufgrund des Stromausfalls eingerichtet worden seien, für die Kältehilfe nutzbar zu machen. Dies sei aber noch nicht abschließend geklärt.

Vorsitzender Lars Düsterhöft erklärt, der Tagesordnungspunkt sei damit abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) berichtet, die Großschadenslage beziehungsweise der Angriff auf die Stromversorgung im Berliner Südwesten habe auch den Verantwortungsbereich der SenASGIVA betroffen. Wie allen anderen Verwaltungen sei SenASGIVA im Krisenstab vertreten gewesen und habe pro Tag an zwei Lagebesprechungen teilgenommen. Im betroffenen Bereich befänden sich fünf Geflüchteteneinrichtungen mit etwa 1 500 Plätzen. Darüber hinaus seien im Bereich der Eingliederungshilfe besondere Wohnformen und Stadtteilzentren betroffen gewesen. Eine Kältehilfeeinrichtung sei nicht betroffen gewesen, da sie außerhalb des betroffenen Gebiets liege. Auch die Frauenhäuser seien nicht betroffen gewesen, ebenso nicht das Jobcenter am Rathaus Steglitz. Die Einrichtung der Krisenstäbe, die Rollenverteilung und die Zusammenarbeit habe gut funktioniert. Drei Geflüchtetenunterkünfte – Hohentwielsteig, Heckeshorn und am Beelitzhof – habe man evakuieren müssen. Die Unterkunft am Hohentwielsteig habe man inzwischen wieder belegen können. Die Stromnetz Berlin habe informiert, dass am 11. Januar wieder die normale Stromversorgung aufgenommen werde. Dann würden auch die anderen beiden Unterkünfte wieder belegt. Die Betroffenen habe man zwischenzeitlich im Terminal C in Tegel untergebracht. Die Meldung, dass diese in Hotels untergebracht worden seien, sei unzutreffend. ASOG-Unterkünfte seien nicht betroffen gewesen, zwei besondere Wohnformen hingegen schon. Diese seien mit Notstromaggregaten versorgt worden. Die Stadtteilzentren hätten ihre Öffnungszeiten erweitert, um den Menschen einen warmen Aufenthaltsort und Getränke anbieten zu können. Auch die Mobile Stadtteilarbeit habe man aktiviert. Die mobilen Teams seien mit warmen Getränken zu den betroffenen Menschen gekommen und hätten Unterstützung geleistet. Bei den Beschäftigten in der SenASGIVA sowie dem LAF bedanke sie sich für den reibungslosen Ablauf. Schäden seien nicht zu verzeichnen, auch keine nachträglichen Probleme mit der Stromversorgung.

Taylan Kurt (GRÜNE) erkundigt sich, ob Berlin trotz der Brandanschläge wie im bisherigen Umfang mit Kältehilfebussen ausgestattet sei. Sei geplant, die Berliner Stadtmission beziehungsweise die sozialen Träger, die in diesem Bereich aktiv seien, bei der Finanzierung neuer Kältehilfebuse anteilig zu unterstützen? Ein Bus koste 60 000 Euro. Die Bahn habe 70 000 Euro gespendet.

Habe man im Rahmen des Krisenmanagements einen Bedarf vulnerabler Personengruppen für aufsuchende Angebote festgestellt? Was wäre passiert, falls eine ASOG-Unterkunft betroffen gewesen wäre? Verfüge man diesbezüglich über Notfallpläne?

Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE) möchte wissen, ob es für die Stadtteilzentren feste Ablauf- und Krisenpläne sowie entsprechende Handreichungen gebe. Falls nicht, sei zukünftig eine Implementierung geplant? Inwieweit seien die Stadtteilzentren in die bezirklichen Krisenstäbe eingebunden? Finde ein systematischer Austausch mit den Kirchengemeinden und anderen Trägern vor Ort statt? Es gelte, die Stadtteilzentren als Anlaufstellen noch stärker in den Fokus der Stadtgesellschaft zu rücken.

Tonka Wojahn (GRÜNE) fragt, wann genau sich SenASGIVA in das Krisenmanagement einschaltet habe. Wann seien die Kontakte mit dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf erfolgt, und wie bewerte man die Zusammenarbeit? Welche Möglichkeiten sehe man beim Ausbau der sozialen Infrastruktur? Welche Maßnahmen seien notwendig, um vulnerable Menschen in höher gelegenen Stockwerken, die nicht in die Wärmestuben hätten gehen können, in Zukunft besser zu versorgen?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) betont, die Stadtteilzentren seien ihr sehr wichtig. Man habe diese in den letzten zwei Jahren mit einer hohen Priorität behandelt. Die soziale Infrastruktur habe im Krisenmodus des Stromausfalls gut funktioniert. Viele unterschiedliche Senatsverwaltungen hätten daran mitgewirkt, alle Personengruppen bestmöglich zu erreichen. Am Krisenstab sei auch der Bezirk beteiligt. Dort erfolge ein Austausch über die Unterstützungsbedarfe. Die Ausrufung der Großschadenslage durch die Innensenatorin habe zu einer breiteren Unterstützung durch den Bund geführt. Der Senat habe sich vorgenommen, im Nachgang zukünftige Optimierungsbedarfe zu analysieren. Sie selbst sei am frühen Vormittag von den Innensenatorin informiert worden und habe umgehend die entsprechenden Stellen in der SenASGIVA aktiviert, sodass man bereits am Samstag arbeitsbereit gewesen sei. Um die Menschen in besonderen Wohnformen habe sich die beim LAGeSo angesiedelte Heimaufsicht aufsuchend gekümmert. Auch die Mobilitätshilfedienste hätten aufsuchende Arbeit geleistet. Weiterhin habe der Bezirk das Ordnungsamt gemeinsam mit den Trägern damit beauftragt, aufsuchende Arbeiten zu übernehmen. Die soziale Infrastruktur sei in Berlin bundesweit beispielhaft und habe sehr gut funktioniert.

Bezüglich der Kältehilfe sei sie mit der Berliner Stadtmission im Austausch. Ihr sei bestätigt worden, dass drei Kältebusse im Betrieb seien und die Touren gewährleistet werden könnten.

Katina Schubert (LINKE) möchte wissen, inwiefern die Freiwilligenagenturen eingebunden worden seien, um die Versorgung der Menschen mit aufsuchenden Angeboten zu gewährleisten. Bestünden noch Kooperationsstrukturen des vormaligen Netzwerks der Wärme, die in Krisenfällen mobilisiert werden könnten? Man müsse sich auch auf zukünftige Krisensituationen vorbereiten. Habe man in der aktuellen Großschadenslage auf die Krisenerfahrungen aus

der Coronazeit zurückgreifen können? Welche Erkenntnisse könnten für zukünftige Ereignisse abgeleitet werden?

Cornelia Seibeld (CDU) erkundigt sich, wann, wo und durch wen aufsuchende Arbeit geleistet worden sei. Welche Informationsangebote habe es für mobilitätseingeschränkte Menschen bereits vor dem Anschlag auf das Stromnetz gegeben? Es habe sich gezeigt, dass man die Menschen nicht habe erreichen können, da die Mobilfunknetze zusammengebrochen seien. Die Menschen hätten nicht gewusst, wo sie sich hinwenden könnten. Angebote wie Feuerwehrleuchttürme seien den Bürgerinnen und Bürgern nicht bekannt gewesen und hätten zu Verwirrung geführt. Wie werde man zukünftig Sorge dafür tragen, dass den Menschen in Krisenfällen klarer sei, welche Anlaufstellen es gebe?

Lars Düsterhöft (SPD) interessiert, wie Senatorin Kiziltepe die aktuelle Situation in der Kältehilfe vor dem Hintergrund der extrem niedrigen Temperaturen bewerte. Habe Sie den Eindruck, dass BVG und Polizei die Situation der Obdachlosen bewusst sei? Gebe es dazu Gespräche mit BVG und Polizei?

Taylan Kurt (GRÜNE) fragt, welche besonderen Angebote der Kältehilfe es für FLINTA-Personen und Menschen im Rollstuhl gebe. Er nehme wahr, dass sich in den Abendstunden viele obdachlose Menschen in den U-Bahn-Höfen aufhielten. Entweder würden diese Menschen von den bestehenden Angeboten nicht erreicht oder sie wollten sie nicht annehmen.

Tonka Wojahn (GRÜNE) möchte mit Blick auf die Großschadenslage wissen, welche Maßnahmen in Zukunft getroffen werden müssten, damit man über verlässliche Daten dazu verfüge, welche Menschen aufsuchende Angebote benötigen.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erklärt, es sei wichtig, die kritische Infrastruktur stärker zu schützen und den Katastrophenschutz zu optimieren. Der Senat habe sich vorgenommen, zu evaluieren, was gut funktioniert habe und was nicht. Viele Fragen könne sie zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht beantworten. Ein wichtiges Ergebnis einer gemeinsamen Besprechung des Senats mit der Feuerwehr und Polizei bestehe aber in der Erkenntnis, dass es zentral sei, in Krisensituationen die Aufrechterhaltung der mobilen Telekommunikationsnetze sicherzustellen. Es gelte auch, Handlungsempfehlungen für Krisen zu kommunizieren und die Menschen zum Beispiel darauf hinzuweisen, dass es wichtig sei, ein Radio mit Batteriebetrieb vorzuhalten. Zu Fragen bezirklicher Natur könne sie noch keine Antwort geben. Sie sei aber sicher, dass auch der Bezirk seine Netzwerke und Infrastruktur genutzt hätte. Für die besonderen Wohnformen sei die Heimaufsicht zuständig, und diese habe ihre Aufgabe erfüllt. Auch die Mobilitätshilfedienste hätten aufsuchende Arbeit geleistet. Im Krisenstab habe der Bezirk erwähnt, dass auch das Ordnungsamt aufsuchende Arbeit leisten werde. Genaue Zahlen dazu lägen ihr nicht vor. Man habe sich vorgenommen, gemeinsam mit den Bezirken zu prüfen, wie man sich in Zukunft noch besser aufstellen könne.

Bezüglich der Kältehilfe sei sie mit dem Vorstandsvorsitzenden der BVG, Henrik Falk, im Austausch. Er sei für das Thema sensibilisiert. Im Jahr 2025 habe man gemeinsam mit der BVG eine Spendenaktion für warme Winterkleidung gestartet. Es sei die Aufgabe aller, in der Stadt achtsam zu sein und den Betroffenen zu helfen.

Taylan Kurt (GRÜNE) fragt, ob er den Ausführungen der Senatorin entnehmen könne, dass es Notfallpläne gebe. Sei die Heimaufsicht eigenständig tätig geworden oder auf Basis eines solchen Plans?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) bestätigt, dass es Notfallpläne gebe. Die Heimaufsicht habe ihre Arbeit gemacht und die Menschen gut versorgt.

Carsten Ubbelohde (AfD) möchte wissen, ob dem Senat Erkenntnisse dazu vorlägen, ob die linksextremistischen Attentäter, die den Schaden verursacht hätten, Verbindungen in die Berliner Parteienlandschaft hätten, etwas zur Partei Die Linke.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erklärt, die Generalbundesanwaltschaft habe sich der Sache angenommen. Aktuell lägen ihr keine Erkenntnisse zu den Tätern vor, die über das hinausgingen, was in den Medien berichtet werde.

Vorsitzender Lars Düsterhöft erklärt, der Tagesordnungspunkt sei damit abgeschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0303](#)
Langzeitarbeitslosigkeit in Berlin – Aktuelle ArbSoz
Situation und Maßnahmen des Senats
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Anhörung

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0145](#)
Zeitplan und weiteres Vorgehen zum Solidarischen ArbSoz
Grundeinkommen
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0186](#)
Langzeiterwerbslosigkeit in Berlin – wie weiter ArbSoz
nach dem solidarischen Grundeinkommen
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 23.01.2025

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|--|
| a) | Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2552
Gesetz zur Errichtung eines
Ausbildungsförderungsfonds im Land Berlin | 0284
ArbSoz
BildJugFam
Haupt(f)
WiEnBe |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Stand des Konzepts einer Ausbildungsplatzumlage
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) | 0085
ArbSoz |
| c) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Ausbildungsplatzumlage 2026
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | 0237
ArbSoz |
| d) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Stand des Gesetzesentwurfs zur
Ausbildungsplatzumlage und dessen Umsetzung
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) | 0253
ArbSoz |
| e) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Auswertung des DGB-Ausbildungsreports für
Berlin-Brandenburg
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) | 0254
ArbSoz |
| f) | Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2510
Ausbildungskrise beenden –
Ausbildungsplatzumlage sofort einführen! | 0272
ArbSoz
Haupt |
| g) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Mit der solidarischen Ausbildungsplatzumlage raus
aus der Ausbildungskrise
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) | 0283
ArbSoz |

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 13.11.2025

Vorsitzender Lars Düsterhöft weist darauf hin, dass zum Tagesordnungspunkt 5 a) ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke sowie ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliege und diese als Tischvorlagen auslägen.

Tonka Wojahn (GRÜNE) führt aus, ihre Fraktion sehe in einigen Punkten Verbesserungsbedarf, weshalb man einen Änderungsantrag gestellt habe. Konkret gehe es um die Ausrichtung des Ausbildungskostenausgleichs. Dieser sei ungerecht. Man wünsche sich eine Ausrichtung des Ausbildungskostenausgleichs an der tariflichen Vergütung und bei Betrieben ohne Tarif-

verträgen an der Mindestausbildungsvergütung. Man sehe zudem die Notwendigkeit, die Qualität der Ausbildung zu verbessern und Fortbildungen für die Ausbilderinnen und Ausbilder anzubieten. Weiterhin wünsche man sich eine paritätische Besetzung des Beirats und eine Position für die Perspektive der Auszubildenden selbst. Das Verfahren selbst sei unglücklich gelaufen. Sie habe noch einige Fragen zum weiteren Vorgehen, wisse aber nicht, ob der Zeitpunkt geeignet sei, um diese jetzt zu stellen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft weist darauf hin, dass die Abgeordneten sich vorab darauf verständigt hätten, dass eine allgemeine Aussprache nicht gewünscht sei. Die diesbezügliche Debatte finde im Hauptausschuss statt.

Sven Meyer (SPD) bittet darum, die Anträge ohne Debatte abzustimmen, da andernfalls eine Vertagung mit entsprechender Verzögerung unvermeidbar sei. Die Koalitionsfraktionen würden die Änderungsanträge ablehnen, da man sich darauf geeinigt hätte, die Debatte im Hauptausschuss zu führen und dort auch die Änderungsanträge einzureichen.

Dr. Martin Pätzold (CDU) unterstreicht, dass man inhaltliche Änderungsanträge im Hauptausschuss behandeln wolle. Er spreche sich ebenfalls für eine Abstimmung aus.

Damiano Valgolio (LINKE) erklärt, der Gesetzesentwurf der Koalition sei gut. Man werde diesem zustimmen und wolle ihn nur an zwei Punkten verbessern. Zum einen schlage man statt eines starren Deckels der Beiträge bei einer Bruttolohnsumme von 0,5 Prozent eine Sollvorschrift vor. Weiterhin spreche man sich dafür aus, dass die Ausbilder die tatsächlichen Lohnkosten erstattet bekämen und keine Pauschale, da man so einen Anreiz setzen könne, eine hohe Ausbildungsvergütung zu zahlen.

Der Ausschuss beliebt zu Punkt 5 a), den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke sowie den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen. Sodann beschließt der Ausschuss, den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – Drucksache 19/2552 – anzunehmen. Eine entsprechende Stellungnahme ergehe an den Hauptausschuss. Anschließend beschließt der Ausschuss zu Punkt 5 f) den Antrag der Fraktion Die Linke – Drucksache 19/2510 – abzulehnen. Es ergehe eine entsprechende Beschlussempfehlung über den Hauptausschuss an das Plenum. Abschließend beschließt der Ausschuss, die Besprechungen zu den Punkten 5 b), c), d), e) und g) abzuschließen.

Punkt 6 der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|----------------------|
| a) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 0288 |
| | Drucksache 19/2724 | ArbSoz |
| | Soziale Gerechtigkeit liefern – Schutz und Fairness | BuEuMe(f) |
| | durch ein Direktanstellungsgebot für die | |
| | Beschäftigten von Lieferdiensten | |

- b) Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2738
**Direktanstellungsgebot für Lieferdienste –
Konsequente Kontrolle des Nachweisgesetzes**

[0294](#)
ArbSoz
BuEuMe(f)

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.